

I.

Politikberatung in Krisenzeiten - Erfahrungen

Eindeutigkeits-Politik und die Politisierung von Expertise

1. Einleitung: Was heißt Politisierung von Expertise?

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik lässt sich an kaum einem Phänomen so gut beobachten wie an wissenschaftlicher Politikberatung. Hier tritt Wissenschaft in ein Naheverhältnis zu politischen Prozessen, in der Hoffnung, diese auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu informieren. Für wissenschaftliche Beratung ist diese Nähe daher unvermeidlich, bringt jedoch durch das Zusammenkommen grundlegend verschiedener Bereiche eine Reihe von Spannungen hervor. Diese Spannungen werden in der Literatur oft als die Frage wechselseitiger Einflussnahme in den Prozessen der wissenschaftlichen Politikberatung thematisiert. Mit den Begriffen von Weingart (1999) geht es hierbei um die Frage nach der *Verwissenschaftlichung von Politik* beziehungsweise *Politisierung von Wissenschaft*. Während ersteres Phänomen seltener problematisiert wird, entzündet sich am Verdacht der Politisierung von Wissenschaft oft Kritik. Politisierung von Wissenschaft erscheint schnell als unrechtmäßige Vereinnahmung, als Grenzüberschreitung. Andersherum wird auch die zu weit reichende Einbindung von Wissenschaft in den politischen Bereich kritisiert (meist unter dem Stichwort der Expertokratie). Diese Fragen werden nicht nur in Krisen heiß diskutiert, sind in diesen aber besonders gut sichtbar. Deshalb werden wir im Folgenden am Beispiel von Beratung zur Corona-Pandemie diskutieren, wie eine Politisierung von Wissenschaft ungesehen erfolgen kann.

Politisierung – auf dieses Problem konzentrieren sich unsere folgenden Ausführungen – wird dabei als problematische Ausdehnung des politischen Bereichs auf den Bereich der Wissenschaft beschrieben. Extremfälle werden mit Begriffen wie „Gefälligkeitsgutachten“ oder „politisch besetzte Kommission“ skandalisiert. Normativ steht hinter so einer Beschreibung die Sorge, politischer Einfluss greife (zu sehr) in die Wissenschaft ein. Solche Prozesse sind zwar nicht auf wissenschaftliche Politikberatung begrenzt, an dieser jedoch gut sichtbar. Die Gefahr der Politisierung ist aus dieser Perspektive also ein Übergreifen einer Sphäre auf eine andere.

Politisierung muss jedoch nicht in dieser Weise verstanden werden, wie Mark Brown (2015) argumentiert. Politik kann als Aktivität konzeptualisiert werden, was einen genaueren Blick auf Politisierung ermöglicht. Dieser Ansatz basiert auf einer Unterscheidung zwischen politisch als Adjektiv (*political*) und Politik als Nomen, das eine aktive Tätigkeit beschreibt (*politics*). Politisch als Adjektiv dient in diesem Verständnis zur Feststellung der politischen Aspekte von Wissenschaft: dass Wissenschaft in soziale Verhältnisse und Wertvorstellungen eingebettet ist und diese ko-produziert (Jasanoff 2004), dass Wissenschaft nicht trennscharf von Politik unterschieden werden kann (Gieryn 1995). Dass Wissenschaft immer auch politisch ist, ist aus Sicht der Science & Technology Studies etablierter Forschungsstand und für Brown daher wenig aussagekräftig. Was politisch ist, kann jedoch Gegenstand von aktiver Politik werden.

Dieser Prozess ist nach Brown *Politisierung* und damit für diesen Beitrag der springende Punkt. Brown argumentiert, dass wir zwar Wissenschaft und ihre Artefakte als politisch verstehen können – aber nicht alles bereits als Teil von Politik sehen sollten, da dies den Blick darauf verstellt, *wie* Dinge politisiert und damit in den Wirkungsbereich von politischer Aktivität geholt werden. Für die Untersuchung wissenschaftlicher Politikberatung und ihrer möglichen Politisierung muss daher unterschieden werden zwischen „Was ist politisch?“ und „Was ist Gegenstand aktiver Politik?“. In diesem Beitrag wollen wir diese von Brown vorgeschlagene Unterscheidung auf die Frage nach der Politisierung von Expertise anwenden. Dies soll zunächst anhand unseres empirischen Materials zur Gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination (GECKO) in Österreich passieren, das wir im Rahmen des Projekts „Nach Corona. Reflexionen für zukünftige Krisen“ erhoben haben (Bogner/Buntfuß 2023). Anschließend werden diese Ergebnisse mit einem Vergleich zu einem medial bekannten Fall kontrastiert, der siebten Ad-hoc Stellungnahme der Leopoldina zur deutschen Pandemiepolitik (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina 2020). Hierbei stützen wir uns auf die Analyse und Kritik von Hirschi (2021), der hier eine deutliche Politisierung von Expertise sieht. Basierend auf diesem Vergleich und dem Ansatz von Brown (2015) werden so unterschiedliche Formen der Politisierung von wissenschaftlicher Expertise deutlich.

2. GECKO: Eindeutige Beratung zum Pandemiemanagement

Unsere empirische Fallstudie zur GECKO, dem zentralen pandemiespezifischen Beratungsgremium in Österreich, basiert in analytischer Hinsicht auf einem An-

satz von Hoppe (2005), mit dem wir vorschlagen, wissenschaftliche Politikberatung als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu konzeptualisieren. Damit fokussiert sich unsere Aufmerksamkeit auf die Ausgestaltung der Schnittstelle und die Prozesse, die in ihr ablaufen. Als Kristallisationspunkt dieser Prozesse bieten sich Beratungsgremien als Untersuchungsobjekte an. Positioniert an der Schnittstelle zwischen beratender Wissenschaft und beratener Politik muss hier wissenschaftliches Wissen in – für Politik relevante – Expertise übersetzt werden; es muss eingeordnet, kontextualisiert und in einen Zusammenhang gestellt werden (Büttner/Laux 2021). Wissenschaftliche Beratungsgremien haben also immer den Auftrag, beiden Bereichen zu entsprechen und zwischen ihnen zu vermitteln. Unsere empirische Analyse, gestützt durch Dokumentanalyse und Interviews mit relevanten, an der GECKO beteiligten Akteuren aus Wissenschaft und dem Verwaltungsapparat, zielte damit auf eine Untersuchung der Prozesse an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik, die sich an diesem konkreten Beratungsgremium abzeichnen. Im Folgenden wird zunächst eine Übersicht unserer Ergebnisse gegeben.

Eingerichtet wurde das Gremium im Dezember 2021 als eine direkt dem Kanzleramt angegliederte §8-Kommission (dem gängigen rechtlichen Mittel zur Organisation wissenschaftlicher Beratung der Exekutive in Österreich), zur Konsolidierung von pandemierelevanter Expertise und Beratung der ausführenden Politik (dazu im Überblick: Rakowsky et al 2023). Die GECKO stellt damit eine Zentralisierung und Institutionalisierung der österreichischen wissenschaftlichen Politikberatung zu COVID-19 dar (siehe Bogner et al. 2024). Politisch, in Browns (2015) Lesart, ist demnach sehr vieles an der GECKO – es stellt sich die Frage, wie eine solche Kommission nicht politisch sein soll. Wie Brown feststellt, bringt solch eine Feststellung jedoch weder analytischen Mehrwert noch Raum für substanzielle Kritik. Dennoch kann jeder als politisch verstandene Punkt zum Ansatzpunkt von aktiver Politik und damit von Politisierung werden. Unser Fokus richtet sich daher auf einige bestimmte Aspekte, deren Bedeutung in unseren Interviews deutlich wurde: a) Die Auswahl der beratenden Expertise, b) der Arbeitsmodus des Gremiums und c) der Weg hin zu diesem Arbeitsmodus.

- a) Die in der GECKO vertretenen ExpertInnen waren transdisziplinär aufgestellt und umfassten disziplinär neben Virologie, Epidemiologie, allgemeiner Medizin und mathematischer Modellbildung auch die Sozialwissenschaften. Auch Vertreter*innen der Praxis waren Teil des Gremiums, rekrutiert aus Arbeiter-, Apotheker-, Ärzte- und Wirtschaftskammer sowie aus den Einsatzkräften. Von dieser gemischten Besetzung erhoffte man eine Verzahnung von wissenschaftlicher Expertise und operativem Pandemiemanagement.

Dennoch stellten wir in unserer Analyse der GECKO einen dominanten epidemiologischen Problem-Rahmen fest, innerhalb dessen Grenzen auch sozialwissenschaftliche und operative Aspekte behandelt wurden. Die auffälligste formale Eigenart der Expert*innen-Auswahl war jedoch die Beschränkung auf jeweils lediglich eine Vertreter*in pro Fach. Diese Beschränkung – das zeigen unsere Interviews – muss als eine aktive Maßnahme verstanden werden, fachliche Diskussionen innerhalb des Gremiums zu vermeiden, da erwartungsgemäß niemand im Gremium in der Lage wäre, den Argumentationen der anderen inhaltlich fundiert zu widersprechen. Fachliche Diskussion, so die dahinterstehende Vorstellung, sollte außerhalb des Gremiums stattfinden, so dass die jeweiligen Fachleute bereits mit der einheitlichen Meinung ihrer Disziplin in die Kommission kämen. Infragestellung von und Auseinandersetzung mit der Expertise der anderer Expert*innen (hinsichtlich ihrer Problemstellungen und Antworten) wurde damit als Zeitverschwendung markiert und möglichst unterbunden.

- b) Diese Tendenz wurde noch verstärkt durch den Arbeitsmodus der GECKO. Im Mittelpunkt standen sehr konkrete von der Regierung gestellte Fragen, die, soweit wir das rekonstruieren konnten, ohne einen formalisierten Prozess innerhalb der Regierung gesammelt und über die GECKO-Vorsitzenden an das Gremium übermittelt wurden. Diese Fragen waren dann in Untergruppen des Gremiums (sogenannte Arbeitsgruppen) zu beantworten. Eine Zusammenstellung der Antworten erfolgte dann im gesamten Gremium, allerdings rein additiv, das heißt, die Antworten der Arbeitsgruppen wurden zu einem dann auch öffentlich einsehbaren Bericht an die Regierung („executive report“) zusammengestellt. Eine Diskussion der Fragen und gegebenen Antworten oder auch nur mancher Teilaspekte im Plenum aller Expert*innen war ausdrücklich nicht erwünscht. Weiterhin gab die Geschäftsordnung vor, die Berichte an die Regierung konsensual abzufassen, eine Möglichkeit für Minderheitsvoten war in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Die Plenumsitzungen als der Ort, an dem die Berichte erstellt wurden, wurden von den Vorsitzenden entsprechend dieser Maximen geleitet. Auch diese Vorgabe wurde in unseren Interviews als zeitsparende Maßnahme begründet; die Regierung erwartete Antworten innerhalb einer Woche. Gleichzeitig gaben die von der Regierung gestellten Fragen den Korridor der Beratung vor, eine Bearbeitung anderer Themen sowie eine Reflexion über die gestellten Fragen und das sie leitende Problem-Framing war nicht vorgesehen.
- c) Der hier skizzierte Arbeitsmodus muss vor dem Hintergrund der ersten Sitzung der Kommission verstanden werden. Diese Sitzung, kurz nach Eta-

blierung der Gremiums Ende 2021, wurde mit der Frage nach Maßnahmen für die Silvesternacht 2021/2022 betraut. Im starken Kontrast zum späteren Modus war in dieser Sitzung die Frage sehr konkret formuliert und zielte dabei nicht nur auf die Bereitstellung von Informationen, sondern auf direkte Vorschläge für Maßnahmen. Unseren Interviews zufolge resultierte dies auf der einen Seite in einer „Chaos-Sitzung“ mit Diskussionen, die bis in den späten Abend dauerten. Auf der anderen Seite glichen die erstellten Empfehlungen einem Mikromanagement der Pandemiebekämpfung und reichten bis zu genauen Vorschlägen für die beste Uhrzeit der Sperrstunde. Um das gerade erst geschaffene Gremium nicht selbst zu delegitimieren, sah sich die Regierung durch diese Maßnahmenvorschläge offensichtlich im Zugzwang. Die Empfehlungen der Expert*innen nicht zu übernehmen, wurde in unseren Interviews als realpolitisch kaum möglich eingeschätzt. Dementsprechend wurde das Experiment der direkten Frage nach den besten Maßnahmen nicht wiederholt. Die Einrichtung des Beratungsmodus mit seiner Frage-Antwort-Struktur und der Vorgabe der Diskussionsvermeidung ist daher als eine deutliche Reaktion auf diese erste Sitzung zu verstehen.

Die Einrichtung des beschriebenen Beratungsmodus, der für die Dauer des Bestehens des Gremiums nicht nennenswert geändert wurde, bewirkte eine Einhegung der Diskussionen und eine Eintaktung in einen wöchentlichen Rhythmus, der damit nur wenige Tage zur Bearbeitung ließ. Die Beratung wurde somit besser in die Abläufe der Beratenen eingepasst. Doch dies hatte auch Auswirkungen auf die Inhalte der Beratung. Durch die Auswahl der Expert*innen, Zeitdruck, die Vermeidung von Diskussion und den engen Korridor der Fragen kann eine deutliche Tendenz zur *Vereindeutigung*¹ der Expertise festgestellt werden. Wissenschaftliches Wissen bekommt hier die Rolle des eindeutigen Informationsinputs, der möglichst wenig Irritation durch alternative Problem-Framings oder inhärente Ambiguität erzeugen soll. Diese Vereindeutigung zeitigte allerdings Folgen: Die Verengung des Problem-Framings brachte eine Marginalisierung mancher disziplinärer Sichtweisen mit sich und damit die Gefahr, dass negative Nebenfolgen von Maßnahmen übersehen wurden. Durch den geschilderten Modus gab es darüber hinaus keine Möglichkeit über eben dieses Problem-Framing zu diskutieren, die Nebenfolgen blieben damit unsichtbar. Zwar waren die detaillierten Maßnahmen der ersten Sitzung des Gremiums auch eindeutig, jedoch zu verbindlich. Durch den neuen Beratungsmodus wurde Eindeutigkeit im Stil eines

1 Der Begriff der Vereindeutigung stützt sich auf Bauer (2022), ohne dass dieser jedoch das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik explizit thematisiert.

Auskunftsbüros erreicht, das keine Maßnahmen vorgibt, sondern die gestellten Fragen beantwortet und nicht hinterfragt.

3. Eindeutigkeits-Politik und Politisierung von Expertise

Die hier geschilderte Ausrichtung auf Eindeutigkeit ist – im Sinne von Browns (2015) Ansatz – Politik als aktive Tätigkeit; wir können von einer Eindeutigkeits-Politik sprechen. Dies lässt sich gut anhand von Browns Vorschlag zeigen, Politik durch vier Kriterien zu definieren. Zunächst ist die Gestaltung des Beratungsmodus mit Ausrichtung auf Vereindeutigung und Informationsauskunft als *zielgerichtete Aktivität* zu lesen. Das oben beschriebene Funktionieren des Gremiums muss als Gegenstand aktiver Politik verstanden werden: Die Auswahl der Expert*innen ist eine eindeutig politische Frage. In der Ausrichtung auf Vermeidung von Diskussion wird sie allerdings erst zu Eindeutigkeits-Politik. Die Erreichung dieses Ziels geschieht im Fall der GECKO durch *Macht* – Browns zweites Kriterium –, und zwar mithilfe der Geschäftsordnung und eines durch die Vorsitzenden durchgesetzten Arbeitsmodus. Beide Aspekte lagen nicht in der Hand des Gremiums, sondern wurden durch die Empfängerseite der Beratung vorgegeben, die die Geschäftsordnung definiert und die Vorsitzenden ausgewählt hatte. Auch Browns drittes Kriterium ist klar zu erkennen, nämlich das *Anstreben kollektiv verbindlicher Entscheidungen*. Hierin liegt der entscheidende Punkt dieser Fallstudie, denn es gilt genau zu differenzieren, um welche Entscheidungen es geht. Die Eindeutigkeits-Politik erstreckt sich auf die Entscheidung darüber, wie der Beratungsmodus selbst aussehen soll – und nicht auf das durch Expertise informierte Pandemiemanagement. Dies sehen wir auch in Browns letztem Kriterium, der Frage nach *Konflikten*. Anders als bei Politik (im Sinne aktiver Tätigkeit) zunächst zu erwarten wäre, ist kein Konflikt sichtbar – dies liegt an der starken Konsensorientierung und der Vermeidung von Diskussion. Dass diese Vorgaben jedoch benötigt wurden, zeigt, wie auch das Beispiel der Silvestermaßnahmen, dass Konflikte hier nicht grundsätzlich abwesend, sondern nur unterbunden waren. Diese Unterbindung von Konflikten trägt damit zur Wirksamkeit der Eindeutigkeits-Politik bei. Aus dieser Perspektive wird die Ausrichtung auf Eindeutigkeit nicht nur als Politik sichtbar, sondern auch als Politisierung, da durch sie wissenschaftliche Beratung und ihr Arbeitsmodus zum Gegenstand politischer Aktivität wird, an der die wissenschaftlichen (und nicht-wissenschaftlichen) Expert*innen allerdings nicht teilnehmen.

Diese Art der Politisierung unterscheidet sich jedoch von dem, was üblicherweise als Politisierung von Expertise kritisiert wird. Dies wird besonders deutlich, wenn wir es mit einem Fall vergleichen, der für Aufmerksamkeit gesorgt und den Verdacht der politisch genehmen Alternativlosigkeit auf sich gezogen hat: die siebte Ad-hoc Stellungnahme der Leopoldina vom 8. Dezember 2020 (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina 2020). Als deutsche Nationale Akademie der Wissenschaften hatte die Leopoldina sich 2020 bereits wiederholt in die Debatte um die richtigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung eingeschaltet. Anders als im Fall der GECKO ist die Expertise der Leopoldina nicht in einem formalisierten Gremium mit direktem Anschluss an die Regierung organisiert, sondern geschieht aus dem generellen Mandat der Akademie zur Beratung von Politik (siehe Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina o. J.). Die in den Stellungnahmen mobilisierte Expertise wurde daher jeweils neu zusammengestellt und wurde durch die Liste der UnterzeichnerInnen deutlich, so auch im Fall der siebten Stellungnahme. Dieser Fall wurde von Caspar Hirschi (2021) analysiert und als „stealth issue advocacy“ nach Pielke Jr. (2007) kritisiert. Ähnlich der ersten GECKO Sitzung ging es um Maßnahmen für den Jahreswechsel und Weihnachten, diesmal allerdings 2020/2021. In ihrer Stellungnahme hatte die Leopoldina einen „Appell der Wissenschaft an die Politik“ (Hirschi 2021, S.176) formuliert, der auf die „aus wissenschaftlicher Sicht“ (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina 2020) unbedingte Notwendigkeit für einen harten Lockdown hinwies. Dieser Appell nahm durch die Autorität der Leopoldina und die prominente Unterzeichnung nicht zuletzt durch Lothar Wieler als damaligem Präsidenten des RKI die Form eines Sachzwangs an – und wurde von der deutschen Regierung als solcher interpretiert. Laut Hirschi ist dies jedoch nicht als eine Durchsetzung der Wissenschaft gegenüber der Politik zu verstehen, sondern als wissenschaftliche Rückendeckung für unpopuläre Maßnahmen, die durch wissenschaftliche Autorität vor Kritik gefeit werden. Gerade die Unterschrift Wielers in seiner Rolle als weisungsgebundener Beamter ist für Hirschi hier das schlagende Indiz dafür, dass diese Form der „stealth issue advocacy“ politisch erwünscht war (Hirschi 2021), anders als im Fall der Silvesterempfehlungen der GECKO.

Die Kriterien von Brown (2015) für Politik als aktive Tätigkeit sind auch hier gut zu identifizieren, die Aspekte Macht, Konflikt und zielgerichtete Aktivität können in der Darstellung von Hirschi (2021) leicht gefunden werden. Für Hirschi ist der Aspekt der Macht deutlich, da er die Unterschrift des Präsidenten des zuständigen Ressortforschungsinstituts als Zeichen für die insgeheime Unterstützung der Regierung für den vermeintlich fordernden Appell an diese

selbst sieht. Eine direkte Analogie zur Sachzwang-Politik der Leopoldina finden wir in den Vorgängen der ersten Sitzung der GECKO, die auch in einem als solchen empfundenen Sachzwang resultierten – ohne dass dieser jedoch von der Regierung erwünscht oder dieser dienlich gewesen wäre, wie dies Hirschi (2021) für die Leopoldina-Stellungnahme sieht. Im Vergleich zum Fall der GECKO ist jedoch wieder die Frage nach kollektiv verbindlichen Entscheidungen interessant. Anders als dort geht es im Leopoldina-Fall direkt um Entscheidungen des Pandemiemanagements; der Konflikt dreht sich um Fragen des Lockdowns und anderer Maßnahmen. Mit den hier verwendeten Kriterien kann auch im Fall der Leopoldina von einer Politisierung von Expertise gesprochen werden, jedoch nimmt diese hier deutlich andere Züge an als im Fall der späteren Arbeitsweise der GECKO. Während im GECKO-Fall die Eindeutigkeits-Politik auf die wissenschaftliche Beratung selbst gerichtet ist, ist im Leopoldina-Fall die Sachzwang-Politik auf die Frage nach Lockdowns gerichtet, wobei die beteiligte Expertise einen entscheidenden Teil dieser Politik darstellt. Mittels des Konzepts von Politik als Tätigkeit ist auch klarer benennbar, *wer* politisiert. Im Fall der GECKO sehen wir die politische Aktivität von der Empfängerseite der Schnittstelle Politikberatung ausgehen, im Fall der Ad-hoc Stellungnahme scheint die Akteursschaft nicht so eindeutig verteilt. Mit Leopoldina, Bundesregierung und RKI-Präsident sehen wir vielmehr unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Anteilen an der Politisierung von Expertise.

4. Resümee: Administrative Entscheidungen als Politisierungsfaktor

Der Vergleich unseres empirischen Materials mit Hirschis Analyse der Leopoldina-Stellungnahme zeigt unter anderem, dass Politisierung von Expertise leichter erkannt werden kann, wenn es wie mit dem harten Lockdown um die drängenden Fragen des Augenblicks geht. Diese Form der Sachzwang-Politik lässt sich auch mit einem Konzept gut fassen, das Politik und Wissenschaft als zwei Sphären versteht, von denen eine die andere unrechtmäßig stark beeinflusst, wie dies der Begriff des „stealth issue advocate“ tut. Wie Brown (2015) betont, gibt es unterschiedliche Konzepte, um die Politisierung von Wissenschaft bzw. von Expertise zu untersuchen, deren Nützlichkeit vom empirischen Fall abhängt. Im Fall der GECKO (nach ihrer ersten Sitzung) geht es dabei um scheinbar Unwichtigeres, um administrative Rahmenbedingungen und Modi des Beratens. Um hier Politisierung zu erkennen und damit auch kritisieren zu können, wird daher ein anderes Konzept benötigt, das in der Lage ist, nicht nur die politischen Aspekte

der administrativen Entscheidungen in den Blick zu bekommen – sondern auch die epistemische Tragweite, die diese administrativen Entscheidungen für die Expertise selbst haben.

Dadurch bekommt der Fall der GECKO Bedeutung über seine kontingenten Umstände hinaus. Denn die Frage nach dem Modus und der Arbeitsweise stellen sich bei jedem neu einzurichtenden und auch bestehenden Gremium. Anhand der GECKO wird deutlich, wie eine aktive politische Tätigkeit (*politics*) an diesen politischen Punkten ansetzen kann. Dies muss, je nach Fall, nicht unbedingt eine Politik der Vereindeutigung ergeben. Mit einem Konzept von Politik als Aktivität sind wir analytisch flexibel genug, auch andere gezielte Anstrengungen zur Erreichung kollektiv verbindlicher Entscheidungen zu erkennen. Die kollektiv verbindlichen Entscheidungen, um die es hier geht, mögen nur einen kleinen Kreis von Expert*innen und deren Zusammenarbeit in einem Gremium betreffen – ihre Auswirkungen sind jedoch weitaus größer. Denn eine wissenschaftliche Politikberatung, die der Reflexion über ihr eigenes Problem-Framing verwehrt bleibt, verschenkt wertvolle Möglichkeiten: nämlich adaptiv aus der eigenen Tätigkeit zu lernen. Die offene Frage ist daher, ob in einem solchen Fall, wie wir ihn für die GECKO skizziert haben, nicht eine lokal begrenzte Re-politisierung von Expertise, nämlich eine Öffnung des Konflikts über den Beratungsmodus dabei helfen könnte, die Politisierung durch eine Eindeutigkeits-Politik, dessen Gegenstand das Gremium ist, einzugrenzen.

Literatur

- Bauer, T. (2022): Die Vereindeutigung der Welt: Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt (17. Auflage). Ditzingen
- Bogner, A.; Buntfuß, P. (2023): Evidenz und Eindeutigkeit—Herausforderungen der Organisation wissenschaftlicher Politikberatung. In: Bogner, A. (Hg.) (2023): Nach Corona. Reflexionen für zukünftige Krisen. Wien, S. 72–87. DOI: 10.1553/978OEAW95696
- Bogner, A.; Buntfuß, P.; Fuchs, D.; Sinozic-Martinez, T. (2024): Epistemische Sicherheit—Zur Rolle wissenschaftlicher Expertise in chronischen Krisen. Wien, <https://epub.oeaw.ac.at?arp=0x003e868>
- Brown, M. B. (2015): Politicizing science: Conceptions of politics in science and technology studies. *Social Studies of Science* 45(1), S. 3–30
- Büttner, S.; Laux, T. (2021): Umstrittene Expertise und die Wissensproblematik der Politik: Eine Einführung. In Büttner, S.; Laux, T. (Hg.) (2021): Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik. Baden-Baden, S. 13–42
- Gieryn, T. F. (1995): Boundaries of Science. In: Jasanoff, S.; Markle, G.E.; Peterson, J.C.; Pinch, T. (Hg.) (1995): *Handbook of Science and Technology Studies* Thousand Oaks, S. 393–443

- Hirschi, C. (2021): Expertise in der Krise. Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise. In Büttner, S.; Laux, T. (Hg.) (2021): *Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik*. Baden-Baden, S. 161–186
- Hoppe, R. (2005): Rethinking the science-policy nexus: From knowledge utilization and science technology studies to types of boundary arrangements. In: *Poiesis & Praxis* 3(3), S. 199–215
- Jasanoff, S. (Hg.). (2004): *States of knowledge: The co-production of science and social order*. London
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (o. J.): Rolle der Leopoldina. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> [aufgesucht am 30.11.2024]
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2020): Coronavirus-Pandemie: Die Feiertage und den Jahreswechsel für einen harten Lockdown nutzen. <https://www.leopoldina.org/ergebnisse-und-termine/publikationen/detail/coronavirus-pandemie-die-feiertage-und-den-jahreswechsel-fuer-einen-harten-lockdown-nutzen-2020> [aufgesucht am 04.03.2026]
- Pielke Jr., R. A. (2007): *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*. Cambridge
- Weingart, P. (1999): Scientific expertise and political accountability: Paradoxes of science in politics. In: *Science and Public Policy* 26(3), S. 151–161